



Bürgerrat
Bildung und Lernen

K/eine Chance

Vorschläge für eine
gerechte Bildung
Bürgerrat Bildung und Lernen



Gleiche Chancen: Was heißt das?

Chancengleichheit – das klingt erstmal gut. Vor allem auf dem Papier. Doch was ist das eigentlich genau: Chancengleichheit? Wie sieht sie konkret im Alltag aus – speziell in der Bildung? Und wer bestimmt, wann Chancen für alle gleich sind?

Man könnte es so beschreiben: Chancengleichheit besteht nicht darin, dass jeder einen Apfel pflücken darf, sondern darin, dass alle auch die Möglichkeit haben, an den Apfel dranzukommen. So sollten im übertragenen Sinne auch jedem Kind alle Bildungswege gleichermaßen offenstehen. Doch das ist nicht der Fall. Für viele Kinder gibt es hier große Hindernisse, während andere es vergleichsweise leicht haben. Der Bürgerrat Bildung und Lernen hat sich ein Jahr lang intensiv damit beschäftigt, was getan werden muss, um in Deutschland eine gerechte Bildung möglich zu machen.

Wie müssen die Rahmenbedingungen aussehen, um die Ungleichheit der Bildungschancen zu verringern? Was muss sich an welcher Stelle konkret ändern, damit alle die Chancen auf ihrem Bildungsweg auch nutzen können?

In Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jeder hat das Recht auf Bildung.“ Bildung ist also ein Menschenrecht. Genauso wie Chancengleichheit. Das deutsche Grundgesetz fordert in Artikel 3, dass niemand „wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ darf.

In Deutschland hängt der Bildungserfolg aber nach wie vor stark von der Herkunft und den (auch finanziellen) Möglichkeiten einer Familie ab. Darf das so bleiben? Der Bürgerrat Bildung und Lernen sagt: Nein. Daher hat er Vorschläge und Empfehlungen erarbeitet, wie Bildung und das Bildungssystem zukunftsfähig und gerecht gestaltet werden können. Es sind Ideen aus der Mitte der Gesellschaft für die Gesellschaft. Denn im Bürgerrat kommen Menschen aus ganz Deutschland zusammen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Bei dem Auswahlverfahren wird auf Kriterien wie Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildung etc. geachtet. Das soll sicherstellen, dass die Zusammensetzung die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegelt.

Der Bürgerrat Bildung und Lernen will Denkanstöße geben und Diskussionen eröffnen. Mit seinen Vorschlägen richtet er sich an alle, die in Sachen Bildung etwas zu entscheiden haben. Und das sind in Deutschland eine ganze Menge: Politiker*innen auf Bundes- und Landesebene, unzählige Verwaltungen, Kommunen, Schulleiter*innen usw.

Ungleich: Auf (fast) allen Ebenen

Repräsentative Studien belegen immer wieder: In Deutschland sind die Bildungschancen ungerecht verteilt (vgl. Chancenmonitor, Nationaler Bildungsbericht u.a.) – besonders auffällig gerade auch im internationalen Vergleich. Viel hängt hierzulande vom Geldbeutel und vom Bildungsstand der Eltern ab. Und auch davon, wie sehr sie ihren Kindern zur Seite stehen, sie unterstützen und fördern (können): Das fängt bereits im Vorschulalter an und setzt sich in der Schulzeit sowie der beruflichen Bildung fort. Die Möglichkeiten zur Unterstützung sind in den Familien naturgemäß sehr unterschiedlich verteilt – zeitlich, fachlich und vor allem auch sprachlich.

Auch auf den Wohnort kommt es an. Bildung ist „Ländersache“, und daher gibt es zum Teil große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern – aber auch zwischen einzelnen Regionen und sogar Stadtteilen. In Berlin und in Brandenburg etwa wechseln Kinder erst nach der sechsten Klasse auf weiterführende Schulen, im übrigen Bundesgebiet bereits nach der vierten.

Ein anderer Punkt ist die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in den Ländern, die anhand unterschiedlicher Kriterien regelmäßig gemessen wird (vgl. IQB-Bildungstrend, INSM-Bildungsmonitor, Internationale IGLU-Studie). Je nachdem, welche Kriterien zugrunde gelegt werden, stehen bei diesen Rankings einige Bundesländer immer wieder als „Gewinner“ da, andere als „Schlusslichter“. Aber müsste Bildung nicht bundesweit die gleichen Qualitätsstandards erfüllen?

Fast alle Studien zum Thema „Chancengleichheit“ kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: Es ist keine erkennbare Verbesserung in Sicht. Im Gegenteil. In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Problem immer weiter verschärft. Aktuell tragen vor allem die Folgen der Coronapandemie sowie der bundesweite Lehrkräftemangel dazu bei, dass die soziale Schere bei der Bildung immer weiter auseinandergeht. Was tun? Hier setzt der Bürgerrat Bildung und Lernen an.

Aber was qualifiziert den Bürgerrat – eine Gruppe ganz unterschiedlicher Menschen – dazu, Ideen und Vorschläge für gerechte Bildung zu entwickeln? Die Antwort liegt auf der Hand: ihre persönlichen Erfahrungen im Alltag. Jeder Mensch hat auf seinem Lebensweg direkt oder indirekt mit Bildung zu tun, ob als Schulkind, Azubi, Studentin, ungelernete Hilfskraft – oder später im Job oder in der Familie. Und er lässt auch die zu Wort kommen, die von der Situation unmittelbar betroffen sind: Kinder und Jugendliche, die aktuell in Deutschland auf ganz verschiedene Schulen gehen.

Viele Blickwinkel auf ein Thema, das uns alle betrifft

Die Menschen im Bürgerrat

Im Bürgerrat Bildung und Lernen kommen ganz unterschiedliche Perspektiven zusammen. Mit dabei sind Menschen aus allen Teilen der Republik. Mit unterschiedlichen beruflichen und sozialen Backgrounds, in Deutschland Geborene und Zugezogene. Junge und Alte. Solche, die mitten im Berufsleben stehen: ein Straßenbahnfahrer, eine Unternehmensberaterin, ein Polizist, Azubis und Studierende, ein Koch, eine Lehrerin, ein Soldat, eine Juristin, ein IT-Spezialist und Bankangestellte. Aber auch Menschen, die Arbeit suchen oder bereits in Rente sind. Und nicht zuletzt Kinder und Jugendliche, die noch zur Schule gehen.

Vom „Weißen Blatt Papier“ zum „Fokusthema“

Die erste große Tagung des Bürgerrats mit Teilnehmer*innen, darunter ein Jugendforum mit 50 Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16 – 26 Jahre), fand im Mai 2021 statt, Corona-bedingt als digitale Konferenz.

Für die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren hat der Bürgerrat Werkstätten durchgeführt. 230 Schüler*innen aus verschiedenen Schulen und Bildungseinrichtungen haben bereits teilgenommen – weitere Werkstätten sind für 2023 geplant.

Gestartet waren die Mitglieder des Bürgerrats Bildung und Lernen 2021 mit einem „weißen Blatt Papier“: Es gab keine inhaltlichen Vorgaben, welchen Themen in Bezug auf Bildung und Lernen sie sich widmen sollten. Im Dezember 2021 veröffentlichte der Bürgerrat seine „Empfehlungen für ein Sofortprogramm“ sowie die Forderungen der Kinder und Jugendlichen im Bürgerrat

(„Veränderungen für die Schule von morgen“). Im April 2022 beschloss der Bürgerrat, bei seiner Arbeit das Thema „Chancengleichheit“ in den Fokus zu rücken.

Besonderheiten des Bürgerrats Bildung und Lernen

Es ist der größte unabhängige Bürgerrat in Deutschland und schon jetzt der mit der längsten Laufzeit (aktiv seit 2020), den meisten Teilnehmer*innen und der einzige bundesweite Bürgerrat, der aktiv Kinder und Jugendliche mit einbezieht. Über 700 Menschen aus allen Teilen der Republik haben bisher aktiv an Sitzungen des Bürgerrats teilgenommen.

Warum „unabhängig“?

Anders als die meisten Bürgerräte wurde der Bürgerrat Bildung und Lernen nicht von einem politischen Gremium beauftragt. Er ist bundesweit aktiv und beschäftigt sich mit Bildung über die politischen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen hinaus. Der Bürgerrat richtet sich mit seinen Vorschlägen und Empfehlungen an alle, die hierzulande über Bildung entscheiden oder sich mit diesem Thema beschäftigen.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Finanziert wird der Bürgerrat Bildung und Lernen von der unabhängigen und gemeinnützigen Montag Stiftung Denkwerkstatt in Bonn.



So setzt sich der Bürgerrat zusammen

Im Bürgerrat diskutieren ganz unterschiedliche Menschen miteinander. Damit sich in ihrer Zusammensetzung ein „Querschnitt der Gesellschaft“ ergibt, werden in ganz Deutschland Menschen nach dem Zufallsprinzip angerufen oder angeschrieben und gefragt, ob sie beim Bürgerrat mitarbeiten möchten.

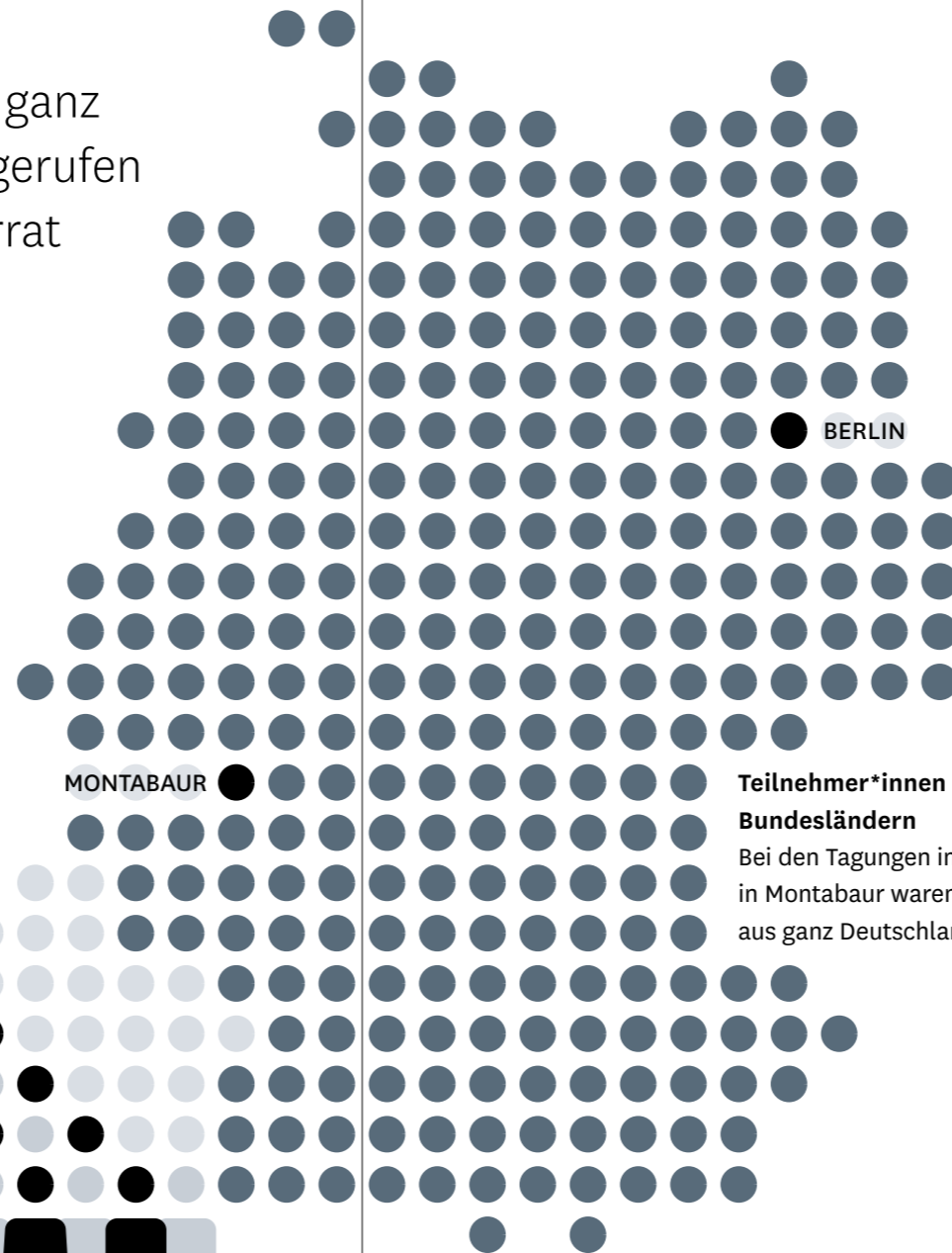
3.377
kleine und mittlere Unternehmen wurden angerufen oder angeschrieben.

79.660
Telefonnummern wurden angerufen.

5.535
Personen, die ab und zu an Online-Umfragen teilnehmen, wurden kontaktiert.

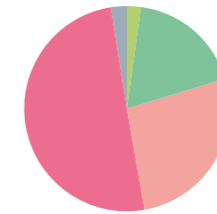
289
Menschen haben an diesem Programm mitgewirkt.

155 Bürgerräte, die 2021 schon dabei waren, haben sich entschieden, weiterhin mitzumachen.



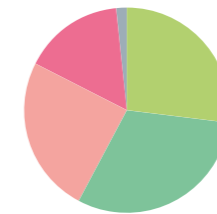
133

Bürgerräte waren an den Präsenz-Wochenenden in Berlin 2022 und in Montabaur 2023 dabei.



Diese Schulabschlüsse haben die Teilnehmer*innen

- Hauptschule: 2,3%
- Mittlere Reife: 18,0%
- (Fach-)Abitur: 27,1%
- Hochschulabschluss: 50,4%
- keine Angabe: 2,3%



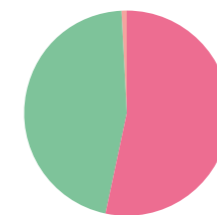
So alt waren die Teilnehmer*innen

- 16 – 30 Jahre: 27,1%
- 31 – 49 Jahre: 30,8%
- 50 – 65 Jahre: 24,8%
- 66 + Jahre: 15,8%
- keine Angabe: 1,5%

8

8 Mal hat der Bürgerrat für dieses Programm getagt
2 Mal in Präsenz: in Berlin und Montabaur
6 Mal digital

Teilnehmer*innen aus allen Bundesländern
Bei den Tagungen in Berlin und in Montabaur waren Menschen aus ganz Deutschland dabei.



So viele Frauen, Männer und Diverse haben teilgenommen

- Frauen = 53,4%
- Männer = 45,9%
- Diverse = 0,8%

Das Fokusthema: Chancengleichheit

Der Anspruch auf „Chancengleichheit“ ist im Grundgesetz verankert. Doch welche konkreten Maßnahmen müssen unternommen werden, um dem Anspruch auch tatsächlich gerecht zu werden?

Mit dieser Frage hat sich der Bügerrat Bildung und Lernen seit April 2022 vertiefend beschäftigt. Über einen Zeitraum von 12 Monaten gab es hierzu drei große Sitzungen: ein virtuelles Bürgerforum mit rund 240 Teilnehmer*innen, die Argumente und Lösungsansätze für Chancengleichheit zusammengetragen haben, außerdem zwei Bügerrats-Tagungen mit jeweils rund 100 Menschen, in denen diese Themen weiterdiskutiert, vertieft und verabschiedet wurden. Darüber hinaus fanden regelmäßig kleinere Arbeitstreffen wie Redaktionssitzungen und Kommunikationskreise statt. Dort wurden Ideen entwickelt, eigene Erfahrungen eingebracht, Empfehlungen gemeinsam ausformuliert und über einzelne Ansätze intensiv diskutiert, zum Teil auch sehr kontrovers.

Bei den großen Bügerrats-Tagungen in Berlin (September 2022) und in Montabaur (März 2023) stimmte das Plenum (mit jeweils rund 90 Teilnehmer*innen) über die verschiedenen Vorschläge ab. Einige erzielten eine breite Mehrheit, andere nur eine knappe. Das heißt, hier waren sich Mitglieder des Bügerrats nicht wirklich einig. Und es gab auch Vorschläge, die durchfielen.

Die hier vorliegende Publikation stellt die von den Bürger*innen verabschiedeten Empfehlungen im Originaltext vor. Und sie zeigt auch die Abstimmungsergebnisse. So lässt sich ein allgemeines Stimmungsbild der Diskussionen im Bügerrat ablesen. Die Ergebnisse können auch einen Eindruck vermitteln, wie die Vorschläge von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden würden.

Die Ergebnisse sind zwar nicht repräsentativ. Doch da die Mitglieder des Bügerrats anhand genau festgelegter Kriterien nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, bilden sie einen Querschnitt der Bevölkerung ab.

Für alle, die beim Thema „Chancengleichheit“ mitsprechen und mitentscheiden wollen, kann diese Dokumentation als aussagekräftige Grundlage dienen.

Einige Empfehlungen zielen auf tiefgreifende Veränderungen des Bildungssystems. Ihre Wirkung hängt davon ab, wie sie ausgestaltet werden und unter welchen Bedingungen, mit welchen Ressourcen und in welchen Zeiträumen sie umgesetzt werden. Hinzu kommen aktuelle Herausforderungen, zum Beispiel der Mangel an pädagogischem Personal.



Im Überblick

Die Vorschläge und Abstimmungs- ergebnisse

Über alle Vorschläge wurde im Plenum abgestimmt. Die Vorschläge sind in drei Bereiche unterteilt:

Frühkindliche Bildung

Die Bürger*innen empfehlen:

Eine Offensive für frühkindliche Bildung: mehr Kita-Plätze, mehr Fachkräfte, kleinere Gruppen

Hier sind sich die Bürger*innen sehr einig. Der Vorschlag erzielt 97% Zustimmung.

Eine verbindliche Förderung der Sprachkompetenz in Kindertagesstätten

84% sprechen sich für eine verbindliche Förderung der Sprachkompetenz aus.

Die Etablierung von Familienzentren

83% plädieren dafür, vertrauensfördernde und vernetzende Räume der Unterstützung für Eltern und Kinder auszubauen.

Eine kostenfreie und qualitätvolle frühkindliche Bildung von null bis zur Einschulung

Dieser Vorschlag bekommt im Bürgerrat eine Drei-Viertel-Mehrheit (75%).

Rund 12,7% sind dagegen, 12,6% sind bei dieser Frage unentschieden.

Eine Kita-Pflicht in den letzten zwei Jahren vor der Schule

Grundsätzlich erfährt der Vorschlag eine Zustimmung (58%), doch ist er im Bürgerrat durchaus umstritten. Ein Viertel der Bürger (25%) lehnt den Vorschlag voll bzw. überwiegend ab. 52% halten eine Kita-Pflicht nur dann für umsetzbar, wenn Ausnahmen möglich sind.

Allgemein- bildende Schulen

Die Bürger*innen empfehlen:

Die Ausweitung des Fachpersonals an Schulen und damit die kontinuierliche Betreuung durch multiprofessionelle, vielseitige Teams

Hier ist sich der Bürgerrat einig: 98 % stimmen diesem Vorschlag zu.

Mehr Geld zweckgebunden zum Wohl der Kinder einsetzen

90 % stimmen dem zu.

Längeres gemeinsames Lernen bis zum 16. Lebensjahr – bei individueller Förderung

Eine klare Mehrheit von 62 % befürwortet den Vorschlag „Längeres gemeinsames Lernen“. 21 % sind dagegen. 17 % können oder wollen sich hier nicht festlegen.

Verpflichtender Ganztag an drei Tagen pro Woche für die Jahrgangsstufen 1 – 10

Der Vorschlag erhält eine einfache Mehrheit: 56 % befürworten diesen Vorschlag. 31 % sind dagegen. 13 % sind bei diesem Vorschlag unentschieden.

Selbstwirksamkeitserfahrung und soziale Kompetenz sollen als verbindliches durchgängiges Unterrichtsprinzip und Auftrag für alle Lehrkräfte gelten

Der Vorschlag erhält eine einfache Mehrheit: 54 % befürworten diesen Vorschlag. Allerdings ist ein knappes Drittel (28 %) bei diesem Vorschlag unentschieden. 18 % sind dagegen.

Berufliche Bildung

Die Bürger*innen empfehlen:

Engere Verzahnung von Schule und Betrieben aus allen Berufsfeldern

Dieser Vorschlag findet eine breite Zustimmung (94 % sind dafür). Es gibt keine einzige Gegenstimme.

Transparente finanzielle Förderung von Ausbildung und Studium für alle Berufe

Dieser Vorschlag findet im Bürgerrat eine sehr breite Zustimmung (93 % sind dafür). Diskutiert haben die Bürger*innen vor allem über das „Wie“ – sie wünschen sich dazu eine Lösung von den zuständigen Stellen.

Ein freiwilliges Orientierungsjahr nach der 9. oder 10. Klasse


84 % der Bürger*innen unterstützen diesen Vorschlag.

Mehr Berufsorientierung mit verpflichtenden Praktika

74 % sprechen sich für ein solches Angebot ab Klasse 7 aus. 20 % sind unentschieden. 7 % sind dagegen.

Individuelle Unterstützung zur Berufsorientierung spätestens ab der Mittelstufe

Für eine stärkere Berufsorientierung sprechen sich insgesamt 54 % aus. 22 % sind bei diesem Vorschlag unentschieden. Knapp ein Viertel ist dagegen (24 %).


A photograph of a diverse group of people sitting in a lecture hall, listening attentively. The people are of various ages and ethnicities, and they are all looking towards the front of the room. The lighting is bright, and the atmosphere appears to be one of focused attention.

Voraussetzungen für eine gerechte Bildung

Allen Kindern und Jugendlichen stehen in Deutschland dieselben Chancen auf gute Bildung zu. Sie sollten die gleichen Möglichkeiten haben, etwas zu lernen, einen guten Schulabschluss zu machen und später einen Beruf zu finden, der ihnen gefällt – ganz egal, wie arm oder wohlhabend ihre Familie ist. Erst dann kann man wirklich von Chancengerechtigkeit sprechen. Doch um das zu erreichen, muss sich an vielen Stellen etwas verändern.

Die folgenden Grundsätze sind dem Bürgerrat Bildung und Lernen besonders wichtig – im Original-Wortlaut:

- Allen Bildungseinrichtungen steht bundesweit eine einheitliche und angemessene Grundausstattung zur Verfügung.
- Die Ausbildungsziele für Lehramtsstudierende und pädagogische Fachkräfte sind bundesweit einheitlich.
- Bildungsangebot und -infrastruktur sind überall gut ausgebaut.
- Alle haben einen barrierefreien Zugang zur Bildung – unabhängig von der familiären, materiellen, finanziellen Situation. Die dafür notwendige finanzielle Förderung ist gewährleistet.
- An Kitas, Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen begegnen alle sich mit Respekt, Nachsicht und Toleranz. Dies wird vermittelt und gelebt – von allen. Inklusion wird gefördert.
- Alle Schulformen und Ausbildungswege werden gleich wertgeschätzt. Es wird in der Schule vermittelt, dass es unterschiedliche Bildungswege gibt, die in einer gemeinsamen Arbeits- und Lebenswelt münden. Ein Schulwechsel ist einfach und zu jeder Zeit möglich.
- Die Individualität der Schüler*innen wird berücksichtigt. Eine individuelle Förderung ermöglicht es, eigene Talente und Neigungen zu entdecken und auszubauen. Eine Wertung von Talenten, wie „Mathematik ist wichtiger als Kunst“, findet nicht statt.
- Individuelles Lernen hat in der pädagogischen Ausbildung Vorrang.
- Angemessene deutsche Sprachkenntnisse sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungsteilhabe. Sie werden in allen Bildungswegen gefördert.
- An Schulen können alle voneinander und miteinander lernen. Dafür stehen genügend qualifizierte Bezugspersonen wie Schulpsycholog*innen, Sonderpädagog*innen, (Vertrauens-)Lehrer*innen bereit.
- Auch durch ein ausreichendes Angebot von Arbeitsgemeinschaften, Freizeitaktivitäten und Ausflügen ist Schule Teil der sozialen Heimat. Dies gilt auch für die Ferien.
- Ein einheitliches Qualitätsmanagement ist von staatlicher Seite gewährleistet: Das Bildungspersonal wird fachgerecht und pädagogisch aus- und weitergebildet, auch durch Teambuilding und kontinuierliches Coaching. Es wird ständiges Feedback eingefordert. Stetiger kollegialer Austausch wird, auch schulübergreifend, zur Norm.

A hand holding a piece of white chalk is writing on a green chalkboard. The chalkboard has some faint, handwritten text in white chalk, including the word 'Berlin' and some numbers. The background shows a classroom with a window and some books on a shelf.

15 Empfehlungen für Chancengleichheit

Der Bürgerrat Bildung und Lernen hat Vorschläge für ein gerechtes, zukunftsfähiges Bildungssystem erarbeitet. Er hat sich in seiner Arbeit auf drei Bereiche konzentriert: „Frühkindliche Bildung“, „Allgemeinbildende Schulen“ sowie „Berufliche Bildung“. Hier die Empfehlungen im Original-Wortlaut.

Frühkindliche Bildung

Offensive für frühkindliche Bildung: mehr Kitaplätze, mehr Fachkräfte, kleinere Gruppen

Qualitätvolle frühkindliche Bildung ist die Grundlage für alle weiteren Lebensphasen. Sie unterstützt den Bildungserfolg aller Kinder unabhängig vom Elternhaus. Sie verbessert die Entwicklungschancen insbesondere von Kindern aus ressourcenarmen Haushalten.

Die Anzahl der Plätze in Kindertagesstätten muss so ausgebaut werden, dass sie den Bedarf decken. Grundlage für eine qualitätvolle frühkindliche Bildung ist eine bessere finanzielle und auch personelle Ausstattung: Denn nur mit qualifizierten Fachkräften kann die Qualität frühkindlicher Bildung gesichert werden. Sie spielen eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung von Werten, von persönlichen und sozialen Kompetenzen.

In kleinen Gruppen mit maximal acht Kindern kann individuellen Förderbedarfen entsprochen werden, ein höherer Personalschlüssel senkt die Belastung der Fachkräfte und die Bedürfnisse einzelner Kinder können berücksichtigt werden. Eine respektvolle Willkommenskultur wird Teil des pädagogischen Konzepts in jeder Kita.

- **Attraktivere Ausbildungs- und Berufsbedingungen helfen, qualifiziertes und persönlich geeignetes Personal in ausreichender Anzahl zu finden und zu halten.**

Ich bin voll und ganz dafür: 81,82 %



Ich bin eher dafür: 14,77 %



Teils, teils: 1,14 %



Ich bin eher dagegen: 1,14 %



Ich bin voll und ganz dagegen: 1,14 %



Verbindliche Förderung der Sprachkompetenz in Kindertagesstätten

Sprachkompetenz ist die Grundlage für Bildung, Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe.

Mit gezielter Förderung der Sprachkompetenz bekommen alle Kinder unabhängig vom Elternhaus die Chance, die deutsche Sprache zu erlernen.

- **Im Rahmen einer Kita-Pflicht kommt die Sprachförderung allen Kindern mit Förderbedarf zugute.**

Ich bin voll und ganz dafür: 59,77 %



Ich bin eher dafür: 24,14 %



Teils, teils: 9,20 %



Ich bin eher dagegen: 4,60 %



Ich bin voll und ganz dagegen: 2,30 %



Familienzentren: Vertrauensfördernde Räume für Eltern und Kinder ausbauen

Eltern und Familien stärken mit flächendeckenden, niederschweligen Angeboten.

Wohnortnahe Familienzentren bieten Eltern und Kindern Raum für Vernetzung, Information, Beratung und Unterstützung. Indem hier die individuelle, die familiäre und die sozialräumliche Situation in den Blick genommen werden, können Familienzentren gezielte Angebote entwickeln, die Eltern bei ihrem Bildungsauftrag unterstützen.

Auch im ländlichen Raum werden Familienzentren geschaffen. Hier kann das Angebot auch durch mobile Familienzentren, analog zum Bücherbus, gewährleistet werden.

Über Kitas hinaus können Schulen am Wochenende und in schulfreien Zeiten als Familienzentren offenstehen.

- **Eltern spielen eine wesentliche Rolle für die Entwicklung und Bildung ihrer Kinder.**

Ich bin voll und ganz dafür: 62,50 %



Ich bin eher dafür: 20,45 %



Teils, teils: 12,50 %



Ich bin eher dagegen: 3,41 %



Ich bin voll und ganz dagegen: 1,14 %



Kostenfreie und qualitätvolle frühkindliche Bildung von null bis zur Einschulung

Alle Kinder haben die Chance auf Förderung, wenn der Kita-Besuch kostenfrei ist.

Kostenfreie und qualitätvolle Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten ermöglicht es allen Eltern, ihren Kindern gute Entwicklungschancen zu bieten.

• Insbesondere Kinder aus ressourcenarmen Familien profitieren von einer kostenfreien frühkindlichen Bildung.

Ich bin voll und ganz dafür: 54,02 %



Ich bin eher dafür: 20,69 %



Teils, teils: 12,64 %



Ich bin eher dagegen: 9,20 %



Ich bin voll und ganz dagegen: 3,45 %



Die Empfehlung zur → **Kita-Pflicht in den letzten zwei Jahren vor der Schule** wurde auf der Tagung des Bürgerrats in Berlin im September 2022 verabschiedet. Die Abstimmung war knapp, es gab auch viele Gegenstimmen. Deshalb wurde auf einer weiteren Tagung des Bürgerrats im März 2023 noch einmal darüber diskutiert: Unter welchen Bedingungen ist eine Kita-Pflicht überhaupt denkbar und möglich? Wichtig ist den Teilnehmer*innen im Bürgerrat vor allem, dass alle Kinder schon früh gefördert werden können. Und: Neben den Gegenstimmen gab es auch Stimmen, die sich eine noch frühere Kita-Pflicht wünschten.

Kita-Pflicht in den letzten zwei Jahren vor der Schule

Alle Kinder haben ein Recht auf gleiche Entwicklungschancen und darauf, gefördert zu werden.

Ein hochwertiges, verpflichtendes Kita-Angebot zwei Jahre vor Übergang in die Schule ermöglicht es allen Kindern, soziale Kompetenzen und motorische Fähigkeiten zu entwickeln und die deutsche Sprache zu erlernen.

• Notwendige Bedingung für die Kita-Pflicht ist ein kostenfreies, qualitätvolles und bedarfsdeckendes Angebot.

• Die Rahmenbedingungen und die finanzielle Absicherung müssen wohnortunabhängig für alle gleich, fair und transparent sein. 81% des Bürgerrats spricht sich aus für gleiche Rahmenbedingungen und 88% für eine finanzielle Absicherung des Angebots, um die Qualität für alle zu gewährleisten.

• Die Hälfte des Bürgerrats (52%) findet eine Kita-Pflicht nur dann umsetzbar, wenn Ausnahmen möglich sind.

Ich bin voll und ganz dafür: 31,82 %



Ich bin eher dafür: 26,14 %



Teils, teils: 17,05 %



Ich bin eher dagegen: 12,50 %



Ich bin voll und ganz dagegen: 12,50 %



Allgemeinbildende Schulen

Ausweitung des Fachpersonals an Schulen – kontinuierliche Betreuung durch multiprofessionelle, vielseitige Teams

Schule wird Kindern mit ihren vielfältigen Bedürfnissen besser gerecht, wenn das klassische Lehrpersonal ergänzt wird durch ein multiprofessionelles Netzwerk aus Sozialpädagog*innen, Psycholog*innen, Handwerker*innen, Künstler*innen und bei Bedarf durch Menschen mit anderen beruflichen Qualifikationen.

Ein solches multiprofessionelles, vielseitiges Team (einschließlich der Lehrkräfte) übernimmt die Betreuung von Jahrgangsgruppen in der Schule. So wird ein breiter Blick aus unterschiedlichen Perspektiven auf die einzelnen Schüler*innen möglich.

Schüler*innen steht umgekehrt kontinuierlich ein Team an Ansprechpersonen für verschiedene individuelle Bedarfe und Wünsche zur Verfügung – idealerweise über die gesamte Schulzeit an weiterführenden Schulen.

Die Auflösung starrer Klassenverbände zu einer größeren Jahrgangsguppe, betreut durch das möglichst gleichbleibende Betreuungsteam, hilft, die Schule zu einer erweiterten sozialen Heimat zu machen. Das Betreuungsnetzwerk steht in regelmäßigem Austausch untereinander und mit Schüler*innen und Eltern.

- **Durch die Vielfalt des Netzwerks werden Stärken und Interessen der Kinder individuell erkannt und gefördert.**

Ich bin voll und ganz dafür: 84,52 %

Ich bin eher dafür: 13,10 %

Teils, teils: 0,0 %

Ich bin eher dagegen: 2,38 %

Ich bin voll und ganz dagegen: 0,0 %

Mehr Geld zweckgebunden zum Wohl der Kinder einsetzen

Große Allgemeinausgaben (Investitionen in Bau, Renovierung, Personal) sind sichergestellt. Es wird zusätzlich gewährleistet, dass weitere Mittel sicher, zuverlässig und zweckmäßig zum Wohl der Kinder eingesetzt werden.

Der Schulbesuch ist grundsätzlich kostenlos. Dies umfasst Mobilität, qualitativ hochwertige Verpflegung/Schulmittagessen sowie Unterrichtsmaterial (digital und analog) und mehr multiprofessionelles Personal, um eine tatsächliche Chancengleichheit zu gewährleisten. Die räumlichen Voraussetzungen für einen modernen Unterricht sowie moderne Ausstattung werden wie die überfälligen Renovierungen vieler Schulen durch umfangreiche und direkte Investitionen in Schulen geschaffen. So werden Schulen zu einem ganzheitlichen Lernort weiterentwickelt.

- **Darunter fällt auch eine vollständige Lernmittelfreiheit in allen Bundesländern.**

Ich bin voll und ganz dafür: 77,38 %

Ich bin eher dafür: 13,10 %

Teils, teils: 7,14 %

Ich bin eher dagegen: 1,19 %

Ich bin voll und ganz dagegen: 1,19 %



Längeres gemeinsames Lernen (Unterricht) in altersübergreifenden fachspezifischen und an Leistungen und Interessen orientierten Gruppen bis zur 10. Klasse – bei individueller Förderung

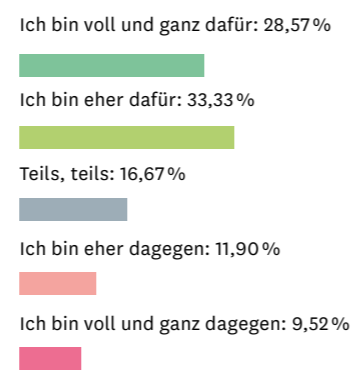
Schule hält Kindern länger verschiedene Bildungswege offen und stärkt das soziale Miteinander, wenn Schüler*innen in fachspezifischen, selbst gewählten Leistungsgruppen individuelle Förderung erhalten.

Ergänzend zum Basisunterricht in der Jahrgangsstufe wählen die Schüler*innen in regelmäßigen Abständen Module und Kurse nach ihren Stärken und Interessen, in denen jahrgangsübergreifender Unterricht erfolgt – orientiert an Talenten, Kompetenzen und Lernerfolgen.

Dadurch werden in Leistungsgruppen auch besondere Stärken gefördert, ohne dass der soziale Zusammenhalt der Jahrgangsstufe verloren geht. Durch individuelle Lernerfolge, dokumentiert durch z.B. Zertifikate, wird das Selbstbewusstsein der Schüler*innen gefördert und gestärkt.

- Der Bürgerrat befürwortet mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit die Einführung längeren gemeinsamen Lernens von Klasse 5 bis 10 mit einer Mittelstufe.
- 94 % des Bürgerrates empfehlen dazu ein Angebot von Kursen und Modulen, die die Kinder motivieren, während der gemeinsamen Schulzeit ihren Neigungen und ihrem Leistungsniveau entsprechend zu lernen.
- 82 % des Bürgerrates halten es für hilfreich, sich an guten Beispielen zu orientieren (z.B. an Schulen, die mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurden). Gute Beispiele und schulübergreifende Vernetzung – auch auf Ebene der Schüler*innen – können helfen, Angebote schneller einzuführen und die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens für alle breiter bekannt zu machen.

- Der Bürgerrat sieht den gemeinsamen Unterricht bis zur 10. Klasse als notwendig an, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Kindern länger verschiedene Bildungswege offenzuhalten.



Die Empfehlung zum → längerem gemeinsamen Lernen (Unterricht) in altersübergreifenden fachspezifischen und an Leistungen und Interessen orientierten Gruppen bis zur 10. Klasse – bei individueller Förderung wurde auf der Tagung in Berlin im September 2022 verabschiedet. Bei der Abstimmung wurde klar, dass es sehr wichtig ist, wie genau das längere gemeinsame Lernen organisiert wird. Deshalb wurde auf einer weiteren Tagung des Bürgerrats im März 2023 noch einmal darüber diskutiert. Wichtig ist den Teilnehmer*innen im Bürgerrat vor allem, dass alle Kinder und Jugendlichen beim längeren gemeinsamen Lernen Angebote erhalten, die zu ihnen passen und die ihnen helfen, ihre Fähigkeiten gut zu entwickeln.

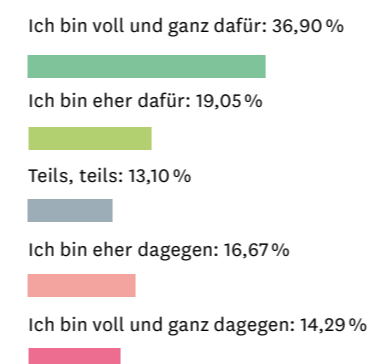
Verpflichtender Ganztag im Jahrgang 1 bis 10 an drei Tagen pro Woche

Mit einem umfangreichen, attraktiven Ganztagsprogramm wird Schule zum ganzheitlichen Lernort, gleichzeitig bleiben Zeit für die Familie und individuelle Interessen.

Ein verpflichtendes Ganztagsprogramm an mindestens drei Tagen pro Woche umfasst schulische Inhalte (inklusive Hausaufgaben bzw. Angebote praktischer Anwendung in der Schule), aber auch kulturelle, sportliche oder andere Angebote.

Musikschule, Sportvereine etc. werden als Kooperationspartner in Planung und Durchführung eingebunden, so dass schulisch anerkannte Angebote, u.a. orientiert an individuellen Wünschen der Schüler*innen, auch außerhalb der Schule stattfinden können. Eine Kombination aus gebundenem und offenem Ganztag ist als Option zu überlegen.

- Ein Ganztagsangebot ermöglicht vielen Kindern erst, unterschiedliche Fachgebiete zu entdecken und individuellen Interessen nachzugehen.

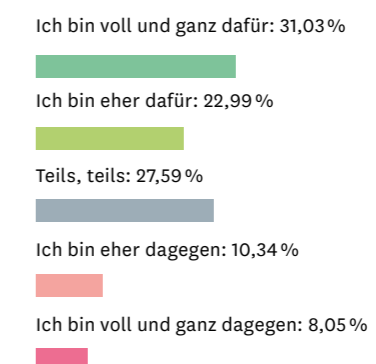


Selbstwirksamkeitserfahrung und soziale Kompetenz als verbindliches durchgängiges Unterrichtsprinzip und Auftrag für alle Lehrkräfte

Psychische Stabilität und Gesundheit in einer Welt im Wandel werden in der Schule gelernt, wenn es entsprechende Angebote gibt.

Selbstreflexion, soziale Kompetenzen und Demokratiefähigkeit sind wichtige Entwicklungsfelder, um Schüler*innen auf aktuelle und zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen (Umwelt, Veränderung des demokratischen Systems etc.) vorzubereiten. Kurzfristig kann das in Form beispielsweise von Projektarbeit in den Lehrplan integriert werden, eine fachübergreifende Vermittlung wird als vorteilhaft angesehen und angestrebt.

- Es gibt bereits Pilotprojekte wie die Schulfächer „Glück“, „Verantwortung“, „Herausforderung“. Sie können Impulse geben für eine Erweiterung des Curriculums.



Berufliche Bildung

Engere Verzahnung von Schule und Betrieben aus allen Berufsfeldern

Schüler*innen lernen vielfältige Berufsfelder kennen und Ausbildungsabbrüchen wird vorgebeugt.

Schulen kooperieren mit Fachleuten von Unternehmen und Betrieben aus Handwerk, Wirtschaft, Sozialem, Industrie, Medizin, Dienstleistung und anderen Berufsfeldern, um Schüler*innen fachgerecht über aktuelle Berufsbilder und Perspektiven zu informieren.

Zur Kooperation gehören Praktika, Berufserkundungstage, Vorträge, Besuche im Betrieb usw. Schüler*innen können mit umfassender praxisnaher Information über Ausbildungsmöglichkeiten bei der Berufswahl freier und individueller entscheiden.

- **Auch die Eltern werden in den Informationsprozess einbezogen, um ihr Wissen in Bezug auf einzelne, auch neue Berufsfelder (Berufsbilder, Ausbildungswege) zu erweitern – mit dem Ziel, Schüler*innen die Auswahl einer passenden Ausbildung zu erleichtern und die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss zu erhöhen.**

Ich bin voll und ganz dafür: 70,24%

Ich bin eher dafür: 23,81%

Teils, teils: 5,95%

Ich bin eher dagegen: 0,0%

Ich bin voll und ganz dagegen: 0,0%

Transparente finanzielle Förderung von Ausbildung und Studium für alle Berufe

Durch finanzielle Unabhängigkeit der Auszubildenden von ihren Elternhäusern wird Chancengleichheit bei der Berufswahl gewährleistet.

Alle Ausbildungen und Studiengänge werden transparent und elternunabhängig gefördert, um Berufswahlfreiheit zu garantieren. Die Förderung der ersten beruflichen Ausbildung steht allen unkompliziert zur Verfügung.

- **Die Entscheidung für eine Ausbildung oder ein Studium darf nicht durch regionale Herkunft, familiäre Verhältnisse, Lebenshaltungskosten oder andere finanzielle Faktoren eingeschränkt werden.**
- **79% des Bürgerrats empfehlen eine elternunabhängige Bildungsförderung: Durch unbürokratische Antragstellung werden Lebensunterhalt sowie die Ausbildungs- und Studienkosten gesichert.**
- **Die Praxisperspektive soll gefördert werden, indem es mehr Zeit für Praktika gibt und Betriebe mehr Praktikumsplätze anbieten, sagen ebenfalls 79% des Bürgerrats.**
- **Attraktive Rahmenbedingungen von Ausbildungsberufen wirken dem Fachkräftemangel entgegen.**

Ich bin voll und ganz dafür: 77,01%

Ich bin eher dafür: 16,09%

Teils, teils: 2,30%

Ich bin eher dagegen: 4,60%

Ich bin voll und ganz dagegen: 0,0%

Ein freiwilliges Orientierungsjahr für alle Schüler*innen

Ein Orientierungsjahr stärkt die persönliche Entwicklung und fördert Selbstständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit.

Das Orientierungsjahr steht allen Schüler*innen nach der 9. oder 10. Klasse in Form eines ersten bezahlten Ausbildungsjahres, eines Berufsvorbereitungsjahres, eines Freiwilligendienstes oder eines Auslandsjahres offen. Der Zugang zum Orientierungsjahr wird attraktiv und unkompliziert gestaltet.

- **Ein frühes Ausprobieren einer beruflichen oder gesellschaftlich relevanten Tätigkeit fördert die Wertschätzung für verschiedene Berufe und die Durchlässigkeit zwischen Schulformen und Berufswegen.**

Ich bin voll und ganz dafür: 54,12%

Ich bin eher dafür: 29,41%

Teils, teils: 11,76%

Ich bin eher dagegen: 3,53%

Ich bin voll und ganz dagegen: 1,18%

Die Empfehlung zur → **transparenten finanziellen Förderung von Ausbildung und Studium für alle Berufe** wurde auf der Tagung in Berlin im September 2022 verabschiedet. Es gab eine hohe Zustimmung, aber auch offene Fragen, wie eine allgemeine Ausbildungsförderung organisiert werden kann. Deshalb wurde auf einer weiteren Tagung des Bürgerrats im März 2023 noch einmal darüber diskutiert, weitere Ergänzungen abgestimmt und hervorgehoben, dass die weitere Ausgestaltung dieses wichtigen, komplexen Themas nur Sache der zuständigen Stellen und der Politik sein kann.

Schulfach „Berufsorientierung“ mit verpflichtenden Praktika ab Klasse 7

Berufsorientierung als Schulfach zeigt berufliche Perspektiven auf und fördert die persönliche Entwicklung.

Das Schulfach Berufsorientierung kann über verschiedene Berufe informieren und dabei helfen, Neigungsschwerpunkte zu finden, individuelle Erfahrungen aus den Praktika zu besprechen und zu reflektieren.

Schüler*innen können so berufliche Praxiserfahrung sammeln und sich dabei erproben.

- **Das Fach bietet Unternehmen und Betrieben ein Forum, um sich und verschiedene Berufe vorzustellen. Damit werden alternative Berufsmöglichkeiten für die Einzelnen sichtbar und zugleich wird dem Fachkräftemangel entgegengewirkt.**

Ich bin voll und ganz dafür: 55,17%



Ich bin eher dafür: 18,39%



Teils, teils: 19,54%



Ich bin eher dagegen: 5,75%



Ich bin voll und ganz dagegen: 1,15%



Individuelle Unterstützung zur Berufsorientierung spätestens ab der 7. Klasse

Mit Kenntnis der eigenen Fähigkeiten fällt Schüler*innen die Berufswahl leichter.

Durch individuelle Förderung und Unterstützung bei der Berufsorientierung werden Stärken und besondere Talente von Schüler*innen erkannt und weiterentwickelt. Auch können sich Schüler*innen besser auf ihre persönlichen Stärken konzentrieren, wenn Schwerpunkte und Fächer freier wählbar sind.

Sie werden dabei vor allem von den Lehrkräften und den Eltern unterstützt, beispielsweise durch Feedback- und Beratungsgespräche. Die Förderung erleichtert die Berufsorientierung, ohne den allgemeinbildenden Charakter der Schule ab der Mittelstufe aufzuheben.

- **Auch die Kinder und Jugendlichen im Bürgerrat wünschen sich, ihre Lernschwerpunkte stärker mitbestimmen zu können.**

Ich bin voll und ganz dafür: 35,63%



Ich bin eher dafür: 18,39%



Teils, teils: 21,84%



Ich bin eher dagegen: 9,20%



Ich bin voll und ganz dagegen: 14,94%



Ein Bürgerrat und 289 Perspektiven

Sie kommen aus allen Teilen der Republik und haben ganz unterschiedliche Backgrounds. Alle bringen ihre eigenen Erfahrungen zum Thema mit ein. Insgesamt 289 Mitglieder des Bürgerrats haben die hier vorliegenden Empfehlungen für eine gerechte Bildung gemeinsam erarbeitet.

Vera Abrosimova • Barthelemy Agossou • Uwe Ahrens • Klaus Albrecht • Hans Albrecht • Enrico Altmann • Heiderose Altmann • Daniela Alze • Beate Apfelbacher • Kurt Arenhold • Anne Arndt • Michael Arns • Ute Ast • Kerstin Auerbach • Julia Auf dem Berge • Brockhaus Aurach • Bernie Aurin • Charlotte Auth • Ute Barth • Dominik Bauer • Heiko Bäuerle • Thomas Bauknecht • Uwe Baumgarten • Bernd Becker • David Becker • Christian Becker • Steffi Bendig • Michael Benteler • Jutta Berend • Lothar Bergmann • Esther Bergter • Bonnie Bernburg • Nina Berny • Philip Betten • Monika Bichler • Andreas Biele • Susanne Binschus-Schwonberg • Dietmar Birkner • Bärbel Bischoff • Ellen Bittorf • Saskia Blank • Ramona Blank • Monika Blümel • Christiane Bodenstedt • Matthias Bohlen • Catherine Bohsung • Keno Boomgaarden • Björn Böschel • Peter Bourgeois • Franciska Braun • Ute Brode • Ulrike Brodersen • Takon Ashu Brown • Ingo Buchholz • Diana Burstejn • Barbara Campe • Chantal Carter • Tina Claußen • Catherine Collier • Janet Conrad • Ulrich Cuypers • Horst Cyranka • Sarah D • Florian Daumüller • Stefanie Dechert • Luca Deck • Janik Dienst • Gregor Dietrich • Silke Distler • Stefan Domning • Heiko Donat • Gerhard Donth • Anett Doppelstein • Celina Dornberg • Katrin Dressler • Lev Ducenko • Karin Dykes • Kathy Ehlert • Anke Einecke • Sabirya Ekinci • Guido Elfers • Heidi Endreß • Carola Engelland • Viktoriya Ermolenko • Angelika Escherich • Michael Faulbacher • Günter Feick • Stefan Feller • Peter Fischer • Eric Fräbel • Stefan Franke • Nike Franz • Moritz Freytag • Charline Sofie Friederich • Julia Friedmann • Timmi Marcel Frommer • Carmen Fuchs • Benjamin Fuchs • Arne Gemeinholzer • Sonja Gerber • Barbara Golini • Katrin Gottschlich • Gernot Gottwals • Lucia Gräfe • Kerstin Grahl-Przyborowski • Kevin Grellneth • Antonius Grgic • Heidemarie Grobe • Christine Groh • Claudio Grunwald • Sven H • Elli-Luise Haag • Julia Hahn • Jule Halbach • Brigitte Halford • Luise Hanf • Mareike Härtel • Dagmar Hassenpflug • Peter Heck • Andrea Heeren • Marcel Heidenreich • Stefan Heinz • Christian Heinze • Silvia Hengmith • Christopher Henkelmann • Yvonne Hermann-Kapell • Bernd Herrmann • Lucas Höfer • Claudio Hoffrichter • Alpha Hofmann • Sonja Holland-Nell • Christopher Hommel • Chris Hübsch • Nadine Jakobs • Nadja Jenauth • Sonja John • Bianca Jokisch • Carsten Junghans • Fabian Kämmerer • Holger Kapp • Reinhard Karger • Markus Karich • Ulrike Kempcke • Simone Kennerknecht • Michael Kirmes • Katharina Kleineberg • Eva Klemke • Leonie Klingsbigl • Andreas Knorr • Marcel Kölle • Joachim Kottmann • Caroline Kowol • Marcel Krammer • Robert Krätschell • Christian Krebs • Hans Jürgen Kreipe • Moaz Krenba • Klaus Kreuschner • Siegfried Kühbauer • Vincenz Kurze • Hoang Linh Lam • Kristina Latsch • Ulf Lauenroth • Angelika Le Quang • Elke Lefèvre • Benjamin Liebmann • Christian Liedgens • Rolf Lippke • Peter Lurz • Katja Mai • Raphaela Mano • Jule Maßmig • Yvette Armelle Mbia • Silvia Mehlich • Frank Meissner • Ursula Miedaner • Piet Moedebeck • Kamran Muhammad • Sophia Müller • Ernst-Wilhelm Müller • Marco Münch • Said Mosamel Namet • Robert Naumann • Franziska Neumann • Manfred Nielson • Karen Nitschke • Dietrich Nitze • Sabine Odefey • Carla Oevermann • Xhunejda Osmani • Mursal Osmani • Leonie Otte • Erhan Özdemir • Kumarmangalam Patravali • Petra Paulus • Aileen Peters • Vesela Petkova-Jörges • Petra Pohl • Bo Raber • Christine Rauck • Christian Rauschenbach • Melanie Rehm • Tabea Reiffert • Sabine Reimer • Roy Rempt • Sophia Resch • Robin Riemesch • Silvia Ringeisen • Dr. Katharina Roos • Martha Roschka • Alexander Roth • Loretta Rudolph • Kilian Safarik • Maria Sala Archelos • Bilal Salami • Sabine Sandquist • Heidrun Saß-Schreiber • Hartmut Schaafs • Katharina Schalinski • Jacqueline Schaller • Désirée Scheidling • Felix Scherhag • Roland Schiefelbein • Sven Schmeisser • Melanie Schnaubelt • Renate Schneider • Michael Schneider-Christians • Stefanie Schröder • Thorsten Schubert • Dieter Schulz • Reinhardt Schulz • Franziska Schulze • Claudia Schumacher • Catherine Schweinle • Nadine Schwertfeger • Pascal David Seemann • Cynthia Seidel • Jasmin Seidl • Monika Seifen • Julia Semmerau • Eva Siegel • Geetainee Sivatharson • Anna Smutek-Hildebrandt • Katja Stadler • Andrea Stapel • Manfred Staude • Marleen Stoll • Armin Stroß-Radschinski • Udo Stumm • Judith Sturm • Ann-Katrin Tamás • Marie Thielen • Shivam-Ortwin Tokhi • Carola Trahms • Edith Trescher • Peter Martin Troidl • Angelina Tschirch • Karoline Tschuggnall • Yvonne van der Smissen • Christine Veit • Markus Venus • Felix Voß • Julius Wachsmuth • Lars Wagner • Hubertus Waterhues • Hans Erich Weber • Christopher Wehrenberg • Ioana Weichel • Otto Weidner • David Weinberger • Karin Welters • Julien Werner • Guido Wessel • Sven Westholt • Horst Wetzels • Doris Wiedemann • Laura Wieland • Kirsten Winkler • Ronny Wisniewski • Janina Wittwar • Yee Him Wong • Thomas Woschnik • Freya Alida Würleitner • Jasmin Zahlmann • Norbert Zangl • Andreas Zech • Vikram Ziegler • Rene Zillmann • Stefan Zilm

Bildung ist ihr Thema – jeden Tag

Ein Bürgerrat zum Thema Bildung und Lernen ohne die, die von den Problemen maßgeblich betroffen sind? In diesem Gremium arbeiten auch Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren aktiv mit. Bei Bürgerräten eher eine Ausnahme ... Warum eigentlich?

Wenn es um Bildung und Lernen geht, sind Kinder und Jugendliche mittendrin. Sie sind die Hauptbetroffenen des Bildungssystems, wie es jetzt ist. Und sie sind die ersten Expert*innen für ihr eigenes Lernen.

Deshalb sind sie auch im Bürgerrat dabei: Rund 220 Kinder und Jugendliche (zwischen neun und 16 Jahren) aus insgesamt 28 Schulen und Bildungseinrichtungen haben bisher im Rahmen von zehn Werkstätten in sieben verschiedenen Bundesländern am Bürgerrat teilgenommen und eigene Forderungen erarbeitet.

Sie haben darüber nachgedacht,

- was Schüler*innen für das Leben von morgen können und wissen müssen,
- wie die Digitalisierung das Lernen in der Schule verändert,
- wie man lernt, respektvoll miteinander umzugehen,
- wie aus Schulen Lernorte zum Wohlfühlen werden.

#besserlernen

Neben den konkreten Vorschlägen ist den Kindern und Jugendlichen eins besonders wichtig: Sie wollen es nicht allein den Erwachsenen überlassen, darüber zu entscheiden, wie und was sie lernen sollen.

„Sprecht mit uns, wie wir Bildung in unserem Land besser und gerecht machen können“, fordern sie in ihrem offenen Brief an die Politik. Unterschrieben werden kann der offene Brief noch bis Ende des Jahres von allen Schüler*innen in Deutschland, die sich den Forderungen des Bürgerrats anschließen.



#besserlernen
www.besserlernen.schule

Fragen und Antworten

Was ist ein Bürgerrat?

Ein Bürgerrat ist eine Form der Beteiligung von Bürger*innen an politischen Entscheidungen. Er besteht aus einer Gruppe von zufällig ausgewählten Menschen, die sich zu einer bestimmten Frage austauschen, beraten und Empfehlungen erarbeiten. Beauftragt werden Bürgerräte von Gremien aus der Politik oder von Organisationen aus der Zivilgesellschaft.

Mit ihren gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen können Bürgerräte dazu beitragen, Lösungen zu finden für wichtige gesellschaftliche Herausforderungen und Fragen.

Wie setzt sich der Bürgerrat Bildung und Lernen zusammen?

Im Bürgerrat Bildung und Lernen beraten zufällig ausgewählte Bürger*innen darüber, wie das Bildungssystem endlich besser werden kann. Es sollen möglichst viele verschiedene Sichtweisen dabei sein: Der Bürgerrat vertritt unsere Gesellschaft als sogenannte „Mini-Publik“, also eine „kleine Öffentlichkeit“, die in etwa die Zusammensetzung der Gesellschaft abbildet.

Entsprechend divers sind die Teilnehmer*innen im Hinblick auf Alter, Herkunft und Bildungshintergrund. Sie wurden per Losverfahren ausgewählt. Seit 2021 haben insgesamt rund 700 Bürger*innen aus ganz Deutschland an den Sitzungen und Treffen des Bürgerrats Bildung und Lernen teilgenommen.

Welche Ziele verfolgt der Bürgerrat Bildung und Lernen?

Der Bürgerrat Bildung und Lernen läuft bis mindestens 2024, mit dem Ziel,

- gemeinsam aus der Mitte der Gesellschaft heraus eine neue Stimme in die Bildungspolitik zu bringen, um dazu beizutragen, dass wichtige Entscheidungen und Entwicklungen nicht weiter aufgeschoben werden;
- fachspezifische Diskussionen durch Perspektiven, Erfahrungen und Wissen von Bürger*innen zu bereichern.

- langfristig in den intensiven, kontinuierlichen Austausch mit Vertreter*innen der Politik aus Bund, Ländern und Kommunen zu kommen und bildungspolitische Debatten zu verändern;

Wie unterscheidet sich der Bürgerrat Bildung und Lernen von anderen Bürgerräten?

Der Bürgerrat Bildung und Lernen hat keinen parlamentarischen Auftrag, sondern ist aus der Zivilgesellschaft entstanden. Das macht ihn politisch und vor allem parteipolitisch unabhängig. Außerdem ist er bisher der einzige bundesweite Bürgerrat, der auch Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren einbezieht.

Wer organisiert und finanziert den Bürgerrat Bildung und Lernen?

Ins Leben gerufen wurde der Bürgerrat Bildung und Lernen von der Montag Stiftung Denkwerkstatt in Bonn. Umsetzung, Organisation und Moderation des Bürgerrats Bildung und Lernen übernehmen im Auftrag der Montag Stiftung Denkwerkstatt IKU_Die Dialoggestalter aus Dortmund. Die Kommunikationsagentur planpunkt aus Köln unterstützt den Bürgerrat in der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Montag Stiftung Denkwerkstatt ist eine unabhängige gemeinnützige Stiftung und gehört zu den Montag Stiftungen in Bonn. Im Sinne des Leitbilds der Stiftungsgruppe „Handeln und Gestalten in sozialer Verantwortung“ übernimmt sie die Aufgabe, gesellschaftlich relevante, zukunftsweisende Themen aufzuspüren, den konstruktiven Austausch mit Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten zu suchen und soziale Veränderungsprozesse anzustoßen.

Impressum

Hinweis der Herausgeberin

Die in dieser Publikation veröffentlichten 15 „Empfehlungen“ und „Grundsätze“ wurden eigenständig von den Mitgliedern des Bürgerrats Bildung und Lernen formuliert. Bis auf kleinere redaktionelle Anpassungen wurden sie im Originaltext übernommen. Die Anpassungen umfassen: Veränderungen weniger Begriffe, um einzelne Textpassagen leichter verständlich zu machen, Aufteilung einzelner Sätze für den besseren Lesefluss, einheitliches Gendern, Formatierung innerhalb der Texte (ohne Umstellung) und Rechtschreibkorrekturen.

Bürgerrat Bildung und Lernen Bonn, 2023

Herausgegeben durch:
Montag Stiftung Denkwerkstatt
Gemeinnützige Stiftung
Raiffeisenstraße 3
53113 Bonn

www.buergerrat-bildung-lernen.de
www.montag-stiftungen.de

Texte

Bürgerrat Redaktionsteam

Dominik Bauer, Matthias Bohlen, Horst Cyranka, Florian Daumüller, Charline Sofie Friederich, Timmi Marcel Frommer, Carmen Fuchs, Sonja Gerber, Christine Groh, Brigitte Halford, Carsten Junghans, Joachim Kottmann, Caroline Kowol, Vincenz Kurz, Silvia Mehlich, Ernst Wilhelm Müller, Marco Münch, Kumarmangalam Patravali, Tabea Reiffert, Kilian Safarik, Melanie Schnaubelt, Renate Schneider, Dieter Schulz, Jasmin Seidl, Katja Stadler, Christine Veit, Markus Venus, Karin Welters

Text, Beratung, Schlussredaktion

Sabine Milowan, Pauline John, Gerhard Wolff / Montag Stiftung Denkwerkstatt
Stephan Tarnow, Elena Brenner / planpunkt
Caroline Eckmann
Andreas Kleinsteuber / IKU_Die Dialoggestalter

Bildnachweis

Frank Gleitsmann: Titel, U2/1 (oben links / 2. Zeile Mitte u. rechts / 3. Zeile links u. rechts), 22/23
Stephan Tarnow: U2/1 (oben Mitte u. rechts / 2. Zeile links / 3. Zeile Mitte)
Christoph Soeder: 9, 19, 36, 38, 41, 42/43 (oben links u. rechts / 2. Zeile links u. rechts / 3. Zeile links u. Mitte)
Felix Abraham: 13
Petra Ruehle: 29
Photocase / AllzweckJack: 27
© RBV / Marcel Kusch: 35 – mit freundlicher Genehmigung des Rohrleitungsbauverbands (rbv)
Carlo Bansini: 42/43 (Mitte 2. Bild v.l.)
Guido Rottmann: 42/43 (oben Mitte)
Ben Knabe 43 (unten rechts)

Grafik und Layout

Cream. Büro für Gestaltung, Köln







Bürgererrat
Bildung und Lernen



Drücken